

# Starke Jugend in NRW

Beschluss  
des 33. NRW-Tages der Jungen Union  
am 30./31. August 2002  
in Rheine



- Beschluss des 33. NRW-Tag am 30./31.08.2002 in Rheine -

## Starke Jugend in NRW

### 1. Was erwarten junge Menschen von unserer Gesellschaft?

Unser demokratischer Rechtsstaat garantiert die auf Freiheit, Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit basierende Gesellschaftsordnung. Sie wird getragen von den Bürgern, die sich in ihr engagieren und somit für ihren Fortbestand und zu immer neuen Impulsen beitragen. Hierzu gehören die Übernahme von Verantwortung in der Familie, in Vereinen, den Kirchen, den Kommunen oder die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen. Es ist notwendig, die nachwachsende Generation zu mehr Übernahme von Verantwortung in unserer Gesellschaft zu motivieren, das heißt mehr Rechte und Pflichten in dieser Gemeinschaft wahrzunehmen. Hierzu ist zu fragen, inwieweit diese Aufgabe identitätsstiftend unterstützt werden kann.

Als politische Jugendorganisation formuliert die Junge Union die Erwartungen an den Staat und die Gesellschaft, die sich aus unserer aktuellen Wahrnehmungs- und Wertewelt ergeben. In diesem Zusammenhang versuchen wir Antworten auf einige Fragen zu geben: Wie sieht die Lebenswelt junger Menschen aus? Welche Wünsche haben sie und welche Ängste?

Aus diesen Beschreibungen leiten wir Forderungen und Perspektiven für die Jugend ab, welche Verantwortungen und damit verbundenen Werte die junge Gesellschaft formuliert und damit auch gestaltet. Ebenso ist die Frage zu beantworten, welchen Raum sie Jugendlichen bieten muss, um zu ihrer eigenen Fortentwicklung beizutragen.

Mit Blick auf die Jugend wird die Frage erörtert, welche Rolle die jungen Menschen in unserem Land einnehmen können und welche Chancen sich daraus für sie ergeben.

### 2. Jung-Sein heute

Klare Grenzen zwischen Jungsein und Erwachsenenalter, die einmal bestanden haben, sind fließend. Heute umfasst die Zeitspanne der Jugend das Alter von etwa elf bis neunundzwanzig Jahren.

Entgegen früheren Sozialisationen gehören Jugendliche zumeist verschiedenen Gruppen an, die jeweils andere Anforderungen an ihre Mitglieder stellen. Somit ist eine Einordnung Jugendlicher in eindeutige Gruppen oder Milieus nicht mehr möglich. Gleichzeitig lernen heute nicht nur Jüngere von Erwachsenen, sondern im Zuge z.B. neuer Medien auch umgekehrt. Es zeigt sich, dass Pluralismus heute als ein Merkmal dieser modernen Kultur angesehen werden kann.

Die Veränderung traditioneller Sozialmilieus hat einem Individualisierungsprozess Vorschub geleistet und das schützende soziale Netzwerk (Familie, Kirche, usw.) früherer Tage grundsätzlich geändert. Eine Vielfalt von Meinungen, Informationen, Lebenskonzepten und Werteorientierungen, bedingen, dass ein

junger Mensch heute selbstständig ein hohes Maß an kritischem Bewusstsein entwickelt und einsetzt, um der neu erworbenen Form der (individuellen) Freiheit und der gestiegenen Eigenverantwortung Rechnung zu tragen.

Die Art und Weise der Medienberichterstattung, Mode, Musiktitel, Sport, Disco und Bar-Kultur nehmen einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung Jugendlicher. Eine rasante Entwicklung in diesen Lebenswelten führt zu einer Reiz- und Informationsüberflutung.

„Quaterlifecrises“ beschreibt eine größer werdende Gruppe junger Menschen, bei denen sich aufgrund der Erreichbarkeit aller Ziele und Erfüllbarkeit aller Wünsche eine gewisse inhaltliche Leere bemerkbar macht.

Unsere christlich-demokratischen Grundwerte Freiheit, Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit treten in Ihrer Klarheit nicht immer zu Tage.

### **3. Werte, Ängste und Wünsche junger Menschen**

Die Individualisierung ist in der jungen Generation so hoch wie nie zuvor, das führt zu einer verstärkten Suche nach emotionalen Bindungen. Die Bedeutung einer schützenden Gemeinschaft, wie es traditionell in Familien der Fall ist, ist daher für den Einzelnen sehr hoch. Auch wenn die Anzahl an Single – Haushalten steigt, bedeutet dies nicht zwangsläufig die soziale Verarmung junger Menschen. Lediglich die Formen der Beziehungen und des Zusammenlebens haben sich geändert.

Die junge Generation pauschal als Spaßgesellschaft zu bezeichnen, greift zu kurz und wird ihrer Wertevielfalt, die sie bestimmt, nicht gerecht. Modernität, Menschlichkeit, Autonomie und Authentizität sind Güter, die sich weit darüber hinaus bewegen. „Selbständig Denken und handeln“, „jeden Menschen so akzeptieren, wie er ist“, „in 20/30 Jahren noch gut aussehen“ und „einen Beruf haben, der Spaß macht“, sind Vorstellungen, die in die tradierten Wertvorstellungen hineinpassen - manchmal jedoch missverstanden werden.

Von Parteien und Politikern wollen junge Menschen immer weniger wissen. Ihnen gegenüber hegen sie großes Misstrauen und stellen ihre Problemlösungskompetenz in Frage. Deshalb von politischem Desinteresse der Jugend zu sprechen, ist aber falsch. Ebenfalls sollte mangelndes Engagement Jugendlicher nicht damit verwechselt werden, sich grundsätzlich nicht ehrenamtlich engagieren zu wollen. Die Bereitschaft sich in traditionelle Verbandsstrukturen einzufügen, ist zwar stark rückläufig. Aktivität wird stattdessen mit der Vorstellung verbunden, dass sie persönlich etwas bringen und ein Ziel greifbar sein muss. Zeitlich befristete Projektarbeit steht dabei höher im Kurs als jahrelanges „sich abplagen“ in Vorständen.

Eine der größten Ängste ist die Arbeitslosigkeit bzw. die Nichterfüllung der Erwartungen von Familie und Freunden in die eigene berufliche Karriere. Legt man die Bedeutung von Bildung für gute Berufsaussichten zugrunde, so ergibt sich die Gefahr sinkender Chancen für weniger Gebildete. Angesichts neuer Formen emotionaler Armut, die in kultureller, sozialer oder gesundheitlicher

Hinsicht immer stärker auftreten, droht eine Anzahl junger Menschen in diesem Wettbewerb und somit im ganzen Modernisierungsprozess zu unterliegen. Dies sind vor allem Kinder und Jugendliche aus emotional armen Verhältnissen oder häufig Familien, in denen aufgrund der beruflichen Belastung kaum Zeit bleibt, sich dem Kind zuzuwenden. Diesen jungen Menschen fehlt ein sozialer Halt, was in der Folge nicht selten zu Ziellosigkeit und Gewaltausprägung führt.

Orientierungen und Halt sind in einer Gesellschaft, die viele Möglichkeiten und Chancen bietet, aber auch Risiken in sich birgt, gefragt. Die Junge Union NRW sieht den Staat auf allen Ebenen in der Verantwortung, wesentliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und zur gesellschaftlichen Teilhabe einzuladen. Ziel muss sein, den jungen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie gebraucht werden. Es muss Vertrauen geschaffen werden für die Zukunft von Demokratie, Sozialstaat und Gemeinwesen. Verantwortung des Staates muss dort abgegeben werden, wo die Menschen selber in der Lage sind, die gestellten Aufgaben zu übernehmen.

#### **4. Politikverdrossenheit und Partizipation**

Die Funktionalität unseres politischen Systems beruht auf der Parteiendemokratie. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Mitwirken der Parteien an der politischen Willensbildung bis heute bewährt. Deshalb können wir mit Recht sagen, in einer der stabilsten Staatssysteme der Welt zu leben. Die politische Willensbildung in unserem Land geschieht durch Parteien, sie wird jedoch immer stärker durch die Medien mitgestaltet. Spätestens seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist nicht nur ein Rückgang der Mitgliederzahlen politischer Parteien in Deutschland zu verzeichnen. Auch das Interesse an der Ausübung des Wahlrechts, eines der wichtigsten urdemokratischen Rechte, das jedem Bürger unseres Staates zusteht, geht stetig zurück. Dieser Trend zieht sich durch nahezu alle Altersklassen und ist besonders bei den Jungwählern ausgeprägt. Vor allem die 90er Jahre waren in diesem Zusammenhang vom Begriff der allgemeinen Politikverdrossenheit geprägt. Mit Blick auf unsere Gesellschaft, die durch Solidarität geprägt ist und nur durch sie funktionieren kann, muss diese Entwicklung alarmieren. Die Gründe hierfür sind in einer multimedial geprägten Lebenswelt der Menschen sicherlich vielfältig und die Ursachen dafür lassen sich nicht alle soziologisch fassen. Es ist aber offensichtlich, dass es eine Reihe von Defiziten gibt, bei denen angesetzt werden muss. Parteien, Schulen, Medien und nicht zuletzt der Bürger selbst sind aufgerufen zu handeln.

Eines der größten Probleme ist das gesunkene Vertrauen der Menschen in Parteien und Politiker. Ihnen gegenüber sind Argwohn und Misstrauen weit verbreitet, was sich zwangsläufig auf ihre Glaubwürdigkeit auswirkt. Es besteht der Eindruck, Politiker kümmern sich nur um ihre eigenen Bedürfnisse und nicht um die Sorgen und Interessen der Bürger und vor allem der jüngeren Generation. Der Kritik, die sich an die Parteien und die handelnden Politiker richtet, müssen diese selbst begegnen. Wir fordern daher die Verantwortlichen auf, sich ernsthaft

mit der ihnen entgegengebrachten Kritik auseinanderzusetzen. Hierbei gilt es auch zu klären, welchen moralischen Anspruch Politik und die Politiker an sich selbst haben. Sie müssen die Werte und Tugenden, die sie von der Gesellschaft fordern, selber vorleben. Vor dem Hintergrund unseres Menschenbildes gelten als Maßstab unsere christlichen Grundwerte.

Neben dem Misstrauen der Bürger gegenüber Parteien und Politikern ist eine weit verbreitete Unkenntnis über unser politisches System festzustellen. Dabei treten eklatante Wissenslücken, wie beispielsweise über die Bedeutung der horizontalen Gewaltenteilung oder des Föderalismus, zwei elementare Pfeiler unseres politischen Systems, zu Tage. Weiterhin werden Regierung und Parlament mit ihren Aufgaben und Funktionen nicht verstanden. Dass eine der wesentlichen Aufgaben der Opposition in der Kritik der Regierung liegt oder Plenardebatten dazu dienen, die gefassten Meinungen dem Volk zu demonstrieren, nachdem die Evaluation bereits in Ausschüssen und Fraktionen stattgefunden hat, weiß lediglich die Hälfte der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund wird auch die Rolle des einzelnen Abgeordneten im politischen System nicht immer richtig verstanden.

Als Junge Union fordern wir daher eine dauerhafte, breit angelegte Aufklärungskampagne über die Funktionen unserer Demokratie. Vor allem muss in der Schule angesetzt werden, die das Thema nicht nur im Rahmen einer Unterrichtseinheit behandeln sollte. Wir fordern deswegen eine noch stärkere Verzahnung des Politik- und Geschichtsunterrichts, der zunehmend in Projekten stattfinden soll. Nur durch ein grundlegendes Verständnis von Politik und geschichtlichem Hintergrund ist eine fundierte Meinungsbildung möglich. Durch regelmäßige Diskussionen mit Vertretern unserer Parteien auch außerhalb der Wahlkampfzeiten kann die Funktionsweise und Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems veranschaulicht werden.

Ein weiterer Grund für Politikverdrossenheit ist die Undurchschaubarkeit der vielen politischen Ebenen. Kaum jemand versteht, welche politische Ebene für eine bestimmte Aufgabe zuständig ist. Daher fordern wir eine neue, klare Kompetenzabgrenzung zwischen Europa, Bund, Ländern und Kommunen. Dem Subsidiaritäts- und dem Konnexitätsprinzip (Wer bestellt, der bezahlt) muss hierdurch wieder volle Geltung verschafft werden.

Die Rolle der Medien mit ihrem Einfluss auf die Menschen muss stets kritisch beleuchtet werden, denn sie haben in einer immer stärker medial geprägten Welt eine große Bedeutung. Medien, die nach dem Motto „Nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht“ agieren, verstoßen gegen ihren objektiven Informationsauftrag. Sie sollten sich ihrer Verantwortung stärker bewusst werden, die sie vor allem im Hinblick auf unsere auf Bürgerengagement ausgerichtete Gesellschaft haben. Besonders jugendspezifische Medien sind mit ihrem enormen Einfluss auf die Lebenswelt junger Menschen gefragt, ihre weitgehend politikfreien Berichte und Sendungen auf die Förderung unseres Gemeinnsinns hin zu überprüfen.

Seit Jahren wird in Städten und Gemeinden versucht, in Form von Jugendforen oder Jugendparlamenten Jugendliche in politische Prozesse einzubinden. Denjenigen, die sich nur kurzfristig und projektbezogen einbinden lassen wollen, soll somit entgegen gekommen werden. Vielfach führte dies jedoch zu

Enttäuschungen, da diese Partizipationsformen noch zu wenig entwickelt sind und nicht immer optimal funktionieren. Grundsätzlich sind wir als Junge Union dafür, Formen der Jugendpartizipation weiter zu entwickeln. Darüber hinaus darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Struktur unseres demokratischen Systems über Einwirkungsmöglichkeiten in Form von Petitionen oder plebiszitären Elementen verfügt. Diese scheinen oftmals wenig bekannt. Wir plädieren daher dafür, für die Möglichkeiten politischer Einflussnahme in den Städten und Gemeinden zu werben. Jüngstes Beispiel für politische Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen sind die lokalen Agenden 21. Bedenkenswert ist, dies in Bürgerforen langfristig fortzusetzen.

Hierzu fordern wir weiter:

- Fortentwicklung von erfolgreichen Konzepten der Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungen sind fortzuführen, z.B. durch die Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten- und Foren.
- Städtische Verwaltungen sollten dazu übergehen, möglichst alle Planungen von denen insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen sind, mit ihnen im Vorfeld zu diskutieren. Hierzu macht es Sinn über die Schulen den jungen Menschen das Angebot der Diskussionsteilnahme zu machen.

## **5. Kinder und Jugendliche stärken**

Unter dem Gesichtspunkt des Bedürfnisses nach Liebe und Geborgenheit für diejenigen, die dieser am meisten bedürfen, nämlich die Jüngeren und Jüngsten unserer Gesellschaft, hält die Junge Union NRW am Leitbild der Familie als Lebensgemeinschaft von Kindern und Eltern fest. Konsequenterweise muss nach dieser grundlegenden Entscheidung, alles Notwendige unternommen werden, den Verfall der Familie zu stoppen. Auch wenn es nicht die Aufgabe des Staates ist, die Erziehung der Kinder zu übernehmen, werden heute aber tatsächlich viele Familien ihrem Erziehungsauftrag nicht mehr gerecht. Dies liegt zum Beispiel daran, dass beide Elternteile berufstätig sind oder die Familie im zwischenmenschlichen Bereich nicht mehr intakt ist. Kinder aus solchen Familien brauchen ebenso Zukunftschancen. Für diese Fälle muss der Staat unterstützende Angebote bereit halten.

Hierzu fordern wir:

- Unter dem Motto „Schulen als sozialer Raum“ sollten diese außerhalb des Unterrichtes auch für Freizeitaktivitäten geöffnet werden. Schulhöfe und Sportanlagen könnten in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden intensiver genutzt werden.
- Zwischen Jugendämtern, Sozialämtern und Schulen muss es zu einer besseren Zusammenarbeit kommen, damit Probleme frühzeitig erkannt und vor Ort gelöst werden können. Den Kindern könnte dadurch ein ausgebildeter Ansprechpartner in ihrem unmittelbaren Umfeld zur Verfügung gestellt werden. Sie sollten ermutigt werden, in Notsituationen professionelle Hilfe anzunehmen.

- Die Einrichtung Runder Tische, zur Lösung von sozialräumlichen Problemen auf Einladung und unter Leitung der Kommunalverwaltung, an denen Jugend- und Sozialämter, Polizei, Freie Träger und Schulen teilnehmen, einen Erfahrungsaustausch durchführen und konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten.
- Eine verbesserte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, die im vorschulischen Bereich tätig sind. Die Ausbildung hierfür ist in Deutschland im europäischen Vergleich mangelhaft. In Anbetracht, dass die Phase der frühen und frühesten Kinderjahre die prägendste und somit entwicklungspsychologisch bedeutsamste ist, muss hier künftig ein Schwerpunkt gelegt werden.

## 6. Tugenden leben

Junge Menschen können sehr kritisch sein und lassen sich nicht immer leicht etwas vormachen. Wenn Erwachsene von ihnen die Einhaltung von Werten und Tugenden verlangen, erkennen sie schnell, ob diese sich selber auch daran halten. Wer Werte nicht vorlebt, darf sich nicht wundern, wenn niemand ihm nacheifert. Im Gegenteil muss er damit rechnen, nicht mehr ernst genommen zu werden. Das lässt sich auf unsere Gesellschaft übertragen, die nicht nur von Tugenden sprechen darf, sondern sie „praktizieren“ muss.

Reden und Handeln ist bekanntlich ein Unterschied. Anhand einiger weniger Beispiele soll hier deutlich gemacht werden, was Jugendliche nicht akzeptieren und als falsch vorgelebt erkannt werden sollte:

- Schulen verdecken oftmals interne Probleme. Dies wird besonders deutlich an der Drogenproblematik, die überall besteht aber nicht zugegeben wird. Der Grund hierfür ist in der Regel die Angst vor einem Vertrauensverlust gegenüber der Schule, was sich in sinkenden Anmeldezahlen widerspiegeln könnte. Für Schulen, die sich aufmerksam derartigen Problemen widmen, sollte es hingegen ein Qualitätsmerkmal sein.
- Der Umgang mit Alkohol und Haschisch wird von nicht wenigen Jugendlichen als eine Form der Doppelmoral wahrgenommen. Die richtige Einhaltung des Verbotes von Haschischkonsum sollte andererseits zu einem öffentlichen Umdenken im Umgang mit Alkohol führen.
- Korruption greift immer stärker um sich. Spätestens die Debatte um die Bestechlichkeit einiger SPD Funktionäre in NRW hat uns wieder vor Augen geführt, wie sehr Beamte und Politiker ins Zwielficht der Selbstbereicherung und Manipulation rücken können. Sicherlich waren die aufgedeckten Fälle Einzelfälle. Dennoch besteht weiterhin die Gefahr, dass sich die Situation verschlimmern kann. Die Gesellschaft muss deutlich zeigen, dass sie derartige Verstöße gegen die gemeinschaftlichen Grundwerte nicht duldet und mit konsequenten harten Strafen ahnden.
- Politiker und Parteien als Träger unserer Parteiendemokratie gelten als unehrlich und zumeist nur auf den eigenen Vorteil bedacht. Diätenerhöhungen in Zeiten allgemeiner Zurückhaltung verstärken dieses Bild noch zusätzlich. Von ihnen wird künftig mehr Sensibilität in der



Wahrnehmung ihrer Vorbildfunktion erwartet. Wenn öffentliche Auftritte wie einstudiert und abgesprochen wirken, obwohl genau das Gegenteil demonstriert werden soll, kommt Verdruss bei den Bürgern nicht überraschend. Hier sind alle Politiker und Parteien aufgefordert, sich mit der Kritik an ihnen ernsthaft auseinanderzusetzen.

-Jeder ist gefragt, die Umwelt als Lebensraum zu schützen. Für den Erhalt der Umwelt kann der Staat wesentliche Rahmenbedingungen schaffen. Ausgefüllt werden müssen sie von den Bürgern, die sich gegenseitig aufmerksam machen sollten, darauf zu achten. Das beginnt mit dem achtlosen Wegwerfen von Papier auf der Straße, führt über die persönliche Vermeidung oder Trennung von Müll zuhause bis hin zu energiesparenden Maßnahmen im eigenen Haus. Leider allzu oft denken hier die Menschen bequem und wenig nachhaltig. Unseren in den achtziger Jahren begonnenen Weg zu einem bewussteren Umweltschutz sollten wir beibehalten und in andere Gesellschaften exportieren.

## **7. Die Jugend wird gebraucht**

Die Vielfältigkeiten des Lebens bieten eine Menge Chancen, seinen Erfahrungshorizont zu erweitern und die Persönlichkeit zu stärken. Die Auswahlmöglichkeiten, Freizeit zu gestalten, sind groß und das Zeitpensum, das jungen Menschen heute zur Verfügung steht, ist begrenzt. Es muss aber klar sein, dass unsere Gemeinschaft, die der Mitwirkung aller bedarf, nicht funktionsfähig ist, wenn jeder nur seinen eigenen Weg geht. Einige Arbeiten, die bisher ehrenamtlich ausgeführt werden, müssten dann professionell geleistet werden.

Dabei bieten gerade junge Leute, die in der heutigen Zeit nahezu grenzenloser Möglichkeiten und Informationen aufwachsen, allerbeste Voraussetzungen, ihre Kenntnisse und Kreativität zur Fortentwicklung unserer Gesellschaft zu nutzen. Nur von alleine geschieht nichts. Es ist unsere eigene Zukunft, die wir bereits jetzt gestalten, wobei klar sein muss: Egoismus führt in die Sackgasse! Ebenfalls wird es nicht gelingen, ein menschliches Miteinander zu gestalten, wenn die Grundeinstellung für Handeln und Tun auf Konsum eingestellt ist. An alle Notwendigkeiten des Lebens heran zu gehen mit der Erwartung, unterhalten zu werden, kann bei der Suche nach Lösungen und Antworten auf bestehende Fragen zu keinem Ergebnis führen. Es ist nicht nur jeder junge Mensch aufgefordert seinen Part in unserer Gemeinschaft zu übernehmen, sondern auch andere anzuhalten, mit zu machen.

Die Ansprüche Jugendlicher an unsere Gemeinschaft, die auf unsere christlichen Wertevorstellungen beruhen, sind berechtigt. Das beruht aber auf Gegenseitigkeit und fordert von uns jungen Menschen umgekehrt unseren Beitrag für ein Funktionieren unserer Gesellschaft.